Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1947)

Artikel: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht über die Präsidialverwaltung

Autor: Seematter, A. / Feldmann, M. / Siegenthaler, W.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417358

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1947

Bericht über die Präsidialverwaltung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **A. Seematter**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat Dr. **M. Feldmann**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **M. Feldmann**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **W. Siegenthaler**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr wurden 4 kantonale und 3 eidgenössische Volksabstimmungen durchgeführt.

A. Kantonale Volksabstimmungen

Am 18. Mai wurden dem Volk zur Abstimmung unterbreitet:

Die Volksbeschlüsse über die Erhöhung des Verkaufspreises des offenen Kochsalzes und über die Bewilligung eines Kredites zur Errichtung einer bernischen Heilstätte «Bellevue» in Montana. Die erstere Vorlage wurde mit 51 512 gegen 56 997 Stimmen, somit mit einem Mehr von 5485 Stimmen verworfen. Dagegen wurde die zweite Vorlage mit 86 023 gegen 24 983 Stimmen angenommen. Die annehmende Mehrheit betrug 61 040.

An diesem Tage gingen von 238 916 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern 114 704 oder 48,01 % zur Urne.

Am 6. Juli kamen ebenfalls zwei Vorlagen zur Abstimmung, nämlich der Volksbeschluss über die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Weiterführung der Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und der Gesetzesentwurf über den Beitritt des Kantons Bern zu einem Konkordat betreffend allfällige Rückerstattung von Armenunterstützungen. Beide Vorlagen wurden vom Volk angenommen, die erstere mit 115 527 gegen 52 954 Stimmen, und die letztere mit 111 482 gegen 54 195 Stimmen. Die annehmenden Mehrheiten betrugen somit 62 573 und 57 287 Stimmen. Am Abstimmungstag waren in kantonalen Angelegenheiten 240 402 Bürger stimmberechtigt, wovon 189 673 oder 78,89 % zur Urne gingen.

Die dritte kantonale Abstimmung fand am 26. Oktober statt. Die beiden den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreiteten Vorlagen, die Gesetzesentwürfe über die Krankenversicherung und über die Geldbeschaffung zur Bekämpfung der Tuberkulose, wurden angenommen mit 106 105 gegen 31 274 und mit 114 448 gegen 24 305 Stimmen. Die annehmende Mehrheit betrug bei der ersten Vorlage 74 831 und bei der zweiten 90 143 Stimmen. Die Zahl der in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten betrug 241 293, von welchen 161 326 oder 66,85 % an die Urne gingen.

Die letzte kantonale Abstimmung wurde auf den 7. Dezember angesetzt. An diesem Tage kam zur Abstimmung der Gesetzesentwurf über die Viehversicherung, der mit 58 970 gegen 22 979 Stimmen, also mit einem Mehr von 35 991 Stimmen angenommen wurde, und das Volksbegehren vom 11. September 1946 für die Revision des bernischen Steuergesetzes im Sinne

einer sozialen Lastenverteilung, welches mit 34 345 gegen 52 243 Stimmen, somit mit einem Mehr von 17 898 Stimmen verworfen wurde. An der Abstimmung nahmen 90 414 Bürger teil oder 37,52 %.

B. Eidgenössische Abstimmungen

Das Volksbegehren betreffend Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit wurde dem Schweizervolk am 18. Mai zur Abstimmung unterbreitet. Im Kanton Bern wurde diese Initiative mit 41 260 gegen 72 458 Stimmen, somit mit einer Mehrheit von 31 198 Stimmen verworfen. Von 240 347 in eidgenössischen Angelegenheiten Stimmberechtigten gingen 115 140 oder 47,9 % an die Urne.

Am 6. Juli kamen zur Abstimmung der Bundesbeschluss über eine Revision der Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung und das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Beide Vorlagen wurden im Kanton Bern angenommen, der Bundesbeschluss mit 111 725 gegen 69 988 Stimmen und das Bundesgesetz mit 156 144 gegen 31 409 Stimmen. Bei der ersten Vorlage betrug die annehmende Mehrheit 41 737 und bei der zweiten 124 735 Stimmen. Im Kanton Bern waren am Abstimmungstag in eidgenössischen Angelegenheiten 242 125 Bürger stimmberechtigt, wovon 191 098 oder 78,92 % an die Urne gingen.

Volkswahlen

Neben verschiedenen Ersatzwahlen von Bezirksbeamten wurden auf den 6. Juli die Gesamterneuerungswahlen der eidgenössischen Geschwornen im 1. und 2. eidgenössischen Assisenbezirk angesetzt. Im ganzen Kanton konnten die Vorgeschlagenen auf dem Wege der stillen Wahl als gewählt erklärt werden mit Ausnahme im Wahlkreise Oberhasli, wo der öffentliche Wahlgang durchgeführt werden musste.

Am 31. August fand eine Ersatzwahl in den Regierungsrat statt. Sie musste angesetzt werden infolge des Hinschiedes von Regierungsrat E. Reinhard. An Stelle des Verstorbenen wurde gewählt Samuel Brawand, Nationalrat und Lehrer in Grindelwald.

Am 19. Oktober wurden auf dem Wege der stillen Wahl die 11 Mitglieder der Römisch-katholischen Kommission gewählt.

Vertretung des Kantons in der Bundesversammlung

Als Ständeräte wurden für die Amtsperiode vom 1. Dezember 1947 bis 30. November 1948 die beiden bisherigen Vertreter, Regierungsrat Dr. H. Mouttet und Rudolf Weber, Landwirt, Grasswil, bestätigt.

Vor der Gesamterneuerung des Nationalrates legte Fritz v. Allmen, Hotelier in Lauterbrunnen, sein Mandat nieder. Er wurde ersetzt durch Paul Kunz, Stadtpräsident in Thun. Ferner verschied Ernst Reinhard, Regierungsrat in Bern. An dessen Stelle rückte nach Ernst Jakob, alt Lokomotivführer in Port.

Am 26. Oktober fand die Gesamterneuerungswahl des Nationalrates statt. Für die Besetzung der dem Kanton Bern zukommenden 33 Sitze wurden 10 Listen mit 182 Kandidaten eingereicht, von welchen 84 kumuliert waren (1943: 13 Listen mit 246 Kandidaten).

Sitze erhielten insgesamt 8 Listen, wobei zufielen:

1. der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei Emmental-Mittelland-Oberaargau-Seeland 9 Sitze
2. dem Landesteilverband Oberland der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei . . 2 »
3. dem Parti démocratique-catholique du canton de Berne . . . . . 2 »
4. der Sozialdemokratischen Partei . . . . 13 »
5. dem Parti socialiste jurassien . . . . . 1 »
6. der Freisinnig-demokratischen Partei Emmental-Mittelland-Oberaargau-Seeland 4 »
7. der Freisinnig-demokratischen Partei, Landesteil Oberland . . . . . 1 Sitz
8. dem Parti libéral jurassien . . . . . 1 »

Die Wahlzahl haben nicht erreicht und deshalb kein Mandat erhalten die Listen der Partei der Arbeit des Kantons Bern und der Fédération régionale jurassienne du Parti des paysans, artisans et bourgeois.

Von der bisherigen Vertretung des Kantons Bern im Nationalrat haben 6 auf eine Wiederwahl verzichtet, während 3 nicht mehr gewählt wurden. Demnach wurden in den Nationalrat 9 neue bernische Mitglieder abgeordnet.

Der Wahlakt selber gab zu keinen Bemerkungen Anlass. Er konnte im ganzen Kanton reibungslos durchgeführt werden.

Seit der Gesamterneuerung des Nationalrates trat in der bernischen Delegation eine Änderung ein. Der zum Mitglied des Regierungsrates gewählte Samuel Brawand, Lehrer in Grindelwald, musste gestützt auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 3. November 1929 über die Wählbarkeit von Mitgliedern des Regierungsrates in die Bundesversammlung zurücktreten. An seiner Stelle wurde von der Sozialdemokratischen Liste als gewählt erklärt Albert Fawer, Gemeinderat in Biel.

Grosser Rat

Der Grosse Rat hielt im Berichtsjahr 5 Sessionen mit 47 Sitzungen ab. Von den Sessionen waren zwei ausserordentliche, nämlich im Februar und im Dezember.

Bis 31. Mai amtete als Präsident dieser Behörde Sylvain Michel, Gemeindepräsident in Courtedoux. Für das Jahr 1947/48 wurde als Grossratspräsident gewählt Karl Geissbühler, Leiter der schweizerischen Zentralstelle zur Bekämpfung des Alkoholismus, in Köniz. Als Vizepräsidenten wurden gewählt Hans Hofer, Käser in Spins/Aarberg, und Dr. Ernst Steinmann, Redaktor in Bern.

Im Berichtsjahr legten folgende Mitglieder ihr Grossratsmandat nieder: Alfred Hertzeisen, Bassecourt, Jakob Schwendimann, Pohlern (der kurz darauf verstarb), Dr. E. Bärtschi, Bern, und Pierre Marti, Moutier. Den aus dem Rat Zurückgetretenen sei auch an dieser Stelle für ihre Arbeit im Dienste des Bernervolkes gedankt. — Durch den Tod schieden aus dem Grossen Rat: Ernest Veuille, Tramelan-dessus, gew. Alters-

präsident; Léon Queloz, St-Brais, und Jakob Kunz, Wiedlisbach.

Es rückten in den Grossen Rat nach: Arthur Juillerat, Undervelier, Ernst Widmer, Heimenschwand, Werner Berger, Bern, Germain Boillat, Reconvilier, Francis Degoumois, Tramelan-dessus, Marc Jobin, Saignelégier, und Erwin Wyss, Herzogenbuchsee.

Von der Staatswirtschaftskommission traten zurück die Mitglieder Hans Hofer, Spins/Aarberg, J. Schwendimann, Pohlern, A. Fawer, Biel. Sie wurden ersetzt durch A. Barben, Spiez, F. Berger, Linden, und A. Grädel, Bern.

Durch Abänderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates wurde die Mitgliederzahl der Justizkommission und der Wahlprüfungskommission von 7 auf 9 Mitglieder erhöht. In die Justizkommission wurden neu gewählt A. Giauque, Prêles, und S. Michel, Courtedoux, und in die Wahlprüfungskommission E. Burren, Steffisburg, und W. Gobat, Crémines.

In ihrem Amte wurden bestätigt Notar Ed. Salzmann als Verwalter der Hypothekarkasse, und Prof. Dr. R. König als Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern. An Stelle des verstorbenen M. Padel wurde als kaufmännisches Mitglied des Handelsgerichtes gewählt Moritz Baur in Bern-Liebefeld. In der Rekurskommission traten folgende Änderungen ein: An Stelle des verstorbenen Grossrates Vuille wurde als 1. Vizepräsident gewählt W. Meister, Rüegsauschachen. Ferner wurde als neues Mitglied der Rekurskommission und zugleich als 2. Vizepräsident gewählt Grossrat A. Grädel, Bern. Aus der Rekurskommission sind infolge Ablebens ausgeschieden G. Bucher und F. Mader, die ersetzt wurden durch Fritz Steinmann, Langnau, bisher Ersatzmann, und Karl Emmert, Kassier VHTL, Bern. An Stelle des Ersatzmannes F. Steinmann wurde René Vuilleumier, Gemeindepräsident von Tramelan, gewählt.

Den Antrag des Regierungsrates, die infolge Hinschiedes von Regierungsrat E. Reinhard verwaisten Direktionen der Bauten und Eisenbahnen Regierungsrat G. Moeckli zu übertragen und dem neugewählten Mitglied des Regierungsrates, S. Brawand, die Direktion des Armenwesens zuzuteilen, lehnte der Grosse Rat mit 92 gegen 62 Stimmen ab. Auch einem Wiedererwägungsgesuch der jurassischen Delegation im Grossen Rat, dieses Geschäft nochmals zu behandeln, entsprach der Grosse Rat nicht. Gemäss seinem Beschluss wurden somit die Direktionen der Bauten und Eisenbahnen Regierungsrat S. Brawand übertragen, während Regierungsrat G. Moeckli weiterhin der Armendirektion vorsteht. Diese Direktionszuteilung löste im Jura Unzufriedenheit aus und führte zu zeitweise lebhaften politischen Auseinandersetzungen über die allgemeine Stellung des Jura innerhalb des Kantons Bern. Der Regierungsrat befasste sich in mehreren Sitzungen mit der jurassischen Angelegenheit und wird zu gegebener Zeit dem Grossen Rat Bericht und Antrag einreichen.

Im Berichtsjahr wurden folgende wichtigere Geschäfte behandelt:

1. Gesetze

Einführung des Bundesgesetzes über die AHV des Bundes und Abänderung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (1. und 2. Beratung).

Gesetz über die Viehversicherung (1. und 2. Beratung).

Gesetz über die Geldbeschaffung zur Bekämpfung der Tuberkulose (1. und 2. Beratung).

Gesetz über die Krankenversicherung (1. und 2. Beratung).

Gesetz über den Beitritt des Kantons Bern zu einem Konkordat betreffend allfällige Rückerstattung von Armenunterstützungen (1. und 2. Beratung).

Gesetz über die Förderung des Wohnungsbaues (1. Beratung). Der Rat lehnte Eintreten auf diesen Gesetzesentwurf ab.

Gesetz über zusätzliche Alters- und Hinterlassenenfürsorge zur eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenfürsorge (1. und 2. Beratung).

2. Dekrete

Baubeiträge an Gemeinde- und Bezirkskrankenanstalten.

Besteuerung der Motorfahrzeuge.

Erhöhung der Zahl der Gerichtspräsidenten im Amtsbezirk Bern.

Organisation der Gerichtsbehörden im Amtsbezirk Biel.

Errichtung neuer Pfarrstellen in der Johannes-Kirchgemeinde Bern und in der reformierten Kirchgemeinde Burgdorf.

Finanzielle Leistungen des Staates an die Kindergärten.

Förderung der freiwilligen Krankenversicherung.

Geschäftskreis der Hypothekarkasse.

Sanierung der Lehrerversicherungskasse.

Steuerausgleichsfonds.

Wahl und Organisation der Römisch-katholischen Kommission.

Diverse Besoldungs- und Teuerungszulagen.

3. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahre 1946 waren im Berichtsjahr noch 6 Motionen zu behandeln. Neu wurden 31 eingereicht, so dass insgesamt 37 zu behandeln waren. Von diesen wurden erledigt: durch Rückzug 2 und durch Behandlung im Grossen Rat 30 = 32, während 5 auf das nächste Geschäftsjahr verschoben wurden. Im Berichtsjahr wurden ausserdem 52 Interpellationen und 62 Einfache Anfragen beantwortet.

4. Andere Geschäfte

Neben der Behandlung des Verwaltungsberichtes, der Staatsrechnung und dem Voranschlag sind folgende Geschäfte noch zu erwähnen:

Volksbegehren vom 11. September 1946 für die Revision des bernischen Steuergesetzes im Sinne einer sozialen Lastenverteilung (P. d. A.-Initiative).

Bereitstellung finanzieller Mittel:
für die Weiterführung der Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot,
zur Finanzierung staatlicher Hochbauten,
zur Milderung der Notlage in den Trockengebieten und zur Sicherung der Milch- und Fleischversorgung,
zur Errichtung der bernischen Heilstätte «Bellevue» in Montana.

Ausrichtung eines Teuerungszuschlages auf den Sitzungsgeldern des Grossen Rates.

Neubau der Schnitzlerschule Brienz.

Neubau des Botanischen Institutes der Universität Bern.

Anschaffung und Montierung einer Tiefentherapieanlage im Röntgeninstitut der Universität Bern.

Ausbildung von Kindergärtnerinnen im Jura.

Bericht über den Bau des Kraftwerkes Handegg II.

Privatbahnhilfe gemäss Bundesgesetz vom 6. April 1939 zugunsten der Berner Oberland-Bahnen; finanzielle und technische Sanierung diverser Unternehmungen.

Finanzierung und Ergänzung des Strassenbauprogramms.

Kredit für den Ausbau der Poliklinik des Frauenspitals.

Kredit für die Erstellung von Wohnungen für landwirtschaftliches Dienstpersonal und Renovationsarbeiten im Mädchenerziehungsheim Aebiheim, Brüttelen.

Kredit für Erstellung von Einfamilienhäusern auf den Staatsdomänen Thorberg und Hindelbank.

Kredit für den Bau eines Übungsschulhauses und einer Turnhalle des Lehrerinnenseminars in Thun.

Konversionsanleihen:
Rückzahlung der 3½%igen Anleihe von 14 Millionen von 1933.
Rückzahlung der 3¾%igen Anleihe von 16 Millionen von 1941.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor der Polizei, Regierungsrat A. Seematter. Am 1. Juni übernahm Vizepräsident Dr. M. Feldmann, der Direktor des Erziehungswesens, das Präsidium, während als Vizepräsident gewählt wurde Regierungsrat W. Siegenthaler, Direktor der Finanzen und Domänen.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 109 Sitzungen ab und behandelte 7311 Geschäfte. Dem am 8. Dezember 1946 zum Regierungsrat gewählten E. Reinhard, bisher Gemeinderat in Bern, wurden die Direktionen der Bauten und Eisenbahnen zugeteilt. Zugleich wurde er als stellvertretender Finanzdirektor bezeichnet. Regierungsrat Reinhard trat sein Amt am 8. Januar an und wohnte erstmals am 10. Januar einer Regierungsratssitzung bei. Leider war seine Amtstätigkeit in der bernischen Regierung nur kurz bemessen. Unverhofft ereilte ihn am 18. Juni der Tod. An der offiziellen Trauerfeier, die am 21. Juni stattfand, wurde der grossen Verdienste des Dahingeschiedenen für das Bernervolk und den Staat Bern gedacht. Mit Regierungsrat Reinhard ist eine initiative Persönlichkeit aus dem öffentlichen Leben geschieden. Während seiner kurzen Tätigkeit als Regierungsrat hat er verschiedene wichtige Geschäfte vorgelegt und vorbereitet. Zu erwähnen sind der Bau des Kraftwerkes Handegg II, die Finanzierung und Ergänzung des Strassenbauprogramms sowie der Ausbau der Poliklinik im kantonalen Frauenspital. Der Regierungsrat dankt soweit an ihm dem Verstorbenen auch an dieser Stelle für die geleisteten Dienste.

Am 31. August wurde an Stelle des Verstorbenen in den Regierungsrat gewählt: S. Brawand, Lehrer in Grindelwald. Dieser trat sein Amt am 1. Oktober an und nahm erstmals am 3. Oktober an einer Regierungsratssitzung teil. Der Grosse Rat übertrug ihm, wie bereits erwähnt, die Direktionen der Bauten und Eisenbahnen. Der Regierungsrat ernannte ihn zum Stellvertreter des Polizeidirektors und Regierungsrat G. Moeckli zum Stellvertreter des Direktors der Finanzen und Domänen.

Auch das abgelaufene Jahr zeichnete sich weiter durch eine starke Beschäftigung in der Wirtschaft aus. Dagegen brachte die fortschreitende Teuerung und die ausgeprägte Wohnungsnot dem Regierungsrat vermehrte Arbeit.

In der Nacht vom 19./20. Dezember wurde das Frutigtal und besonders die Gegend von Blausee-Mitholz durch eine Katastrophe heimgesucht. Im eidgenössischen Munitionsdepot bei der Station Blausee-Mitholz explodierte die eingelagerte eidgenössische Munition. Es entstand grosser Land- und Gebäudeschaden, und es waren mehrere Todesopfer zu beklagen. Die Unglücksstätte wurde bereits am 20. Dezember durch Baudirektor Brawand besichtigt, und am 21. Dezember nahm eine Delegation des Regierungsrates an einer nachträglichen Konferenz mit den Organen des eidgenössischen Militärdepartementes teil. Der Regierungsrat spricht auch an dieser Stelle der betroffenen Bevölkerung sein Beileid aus und seine Anerkennung für die mutige Haltung. Unverzüglich wurden die Verhandlungen mit den eidgenössischen Behörden über die entstandenen Schäden aufgenommen; sie erklärten sich grundsätzlich zu deren Deckung bereit.

Am 9. Januar empfing der Regierungsrat zugleich mit dem Gemeinderat der Stadt Bern den in der Schweiz weilenden ältesten Rat von Siam, Exz. Nai Pridi Banomyong, nebst dem siamesischen Gesandten in der Schweiz und weitern Gästen im Rathaus.

Am 14. März wurde Exz. Egidio Reale, a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister der Italienischen Republik, ebenfalls im Rathaus vom Regierungsrat empfangen.

Im Juni besuchten die regierende Grossherzogin Charlotte von Luxemburg und der Prinz von Luxemburg die Schweiz und wurden vom Bundesrat empfangen. Sie weilten am 25. Juni als Gäste des Regierungsrates und des Gemeinderates von Bern auch im Berner Rathaus.

Bezirksbeamte

Im Bestand der Bezirksbeamten traten in nachfolgenden Amtsbezirken Änderungen ein:

Bern. An Stelle des zum Staatsanwalt des Seelandes gewählten bisherigen Gerichtspräsidenten Dr. W. Loosli wurde zum Gerichtspräsidenten gewählt Kurt Hunziker, Notar in Bolligen. Durch Dekret vom 19. Februar 1947 wurde die Zahl der Gerichtspräsidenten im Amtsbezirk Bern um vier erhöht An die neu ge-

schaffenen Stellen wurden gewählt Dr. Fritz Falb, Fürsprecher, Dr. Max Emil Graf, Fürsprecher, Theodor Jenzer, Fürsprecher, und Ed. Müller, a. o. Untersuchungsrichter, alle in Bern. Bei allen diesen Wahlen konnte auf den öffentlichen Wahlgang verzichtet werden, da nicht mehr Kandidaten angemeldet wurden als Sitze zu besetzen waren.

Im Laufe des Berichtsjahres trat ferner als Gerichtspräsident des Amtsbezirkes Bern zurück Robert Kuhn, der zum Gemeinderat der Stadt Bern gewählt wurde.

Biel. Durch Dekret vom 19. Februar 1947 wurde die Zahl der Gerichtspräsidenten in Biel von zwei auf drei erhöht. In öffentlicher Wahl wurde als dritter Gerichtspräsident gewählt André Auroi, Fürsprecher in Bern.

Nidau. Als Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter an Stelle des zurückgetretenen Hugo Maurer wurde im öffentlichen Wahlgang gewählt Max Stebler, Fürsprecher in Büren. Gegen diese Wahl wurde am 8. November eine Beschwerde eingereicht, die aber am 17. November zurückgezogen wurde, weil ihr wegen verspäteter Einreichung nicht Folge gegeben werden konnte. Der Regierungsrat beauftragte immerhin die Direktion des Gemeindewesens, die in der Wahlbeschwerde beanstandeten Verhältnisse im Amt Nidau von Amtes wegen zu überprüfen. Diese Überprüfung ergab, dass in einer Gemeinde tatsächlich gewisse Unregelmässigkeiten bei diesem Wahlgeschäft vorkamen.

Ober-Simmental. An Stelle des zum stellvertretenden Generalprokurators gewählten Dr. H. Gautschi wurde auf stillem Weg zum Gerichtspräsidenten/Regierungsstatthalter gewählt: Werner von Grünigen, bisher Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter in Blankenburg. An die frei gewordene Stelle wurde im öffentlichen Wahlgang Hans Büchler, Fürsprecher in Bern, gewählt.

Pruntrut. An Stelle des zurückgetretenen Dr. Ribeaud wurde in stiller Wahl als Gerichtspräsident gewählt Jean Jobé, Fürsprecher, bisher Betreibungs- und Konkursbeamter in Pruntrut. Für die Besetzung des vom Gewählten bisher innegehabten Amtes musste der öffentliche Wahlgang stattfinden. Es wurde als Betreibungs- und Konkursbeamter gewählt Jules Metzger, Aktuar des Regierungsstatthalteramtes in Pruntrut.

Amtsrichter

Im Bestand der Amtsrichter trat im Berichtsjahr folgende Änderung ein:

Biel. Rücktritt E. Berchten, Wahl Moritz Jordan, Ingenieur in Biel.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Bern. An Stelle von E. Münch: Hans Burri, Schreiner, Bern.

Konolfingen. Hinschied W. Nussbaum; Wahl Ernst Wüthrich, Landwirt, Allmendingen.

Schwarzenburg. An Stelle des zum Amtsrichter gewählten A. Kohli: Reinhard Wenger, Versicherungsvertreter in Wyssenhalten-Rüschegg. An Stelle des verstorbenen H. Pulver: Christian Staub, Landwirt, Aeckenmatt-Wahlern.

Ober-Simmental. An Stelle des verstorbenen A. Immer in stiller Wahl: Christian Allemann, Unterförster und Wildhüter, Weissenbach i. S.

Staatskanzlei

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Aufschluss:

An die Direktionen überwiesene Eingänge: 2928.
Überweisungen an den Grossen Rat: 278.
Drucksachenbestellungen, Verkaufssumme:
Fr. 117 232.85.
Beglaubigungen von Unterschriften: 30 534.

Im Anweisungsverkehr wurden 2263 Geschäfte erledigt mit einem Ertrag von Fr. 135 777.60.

Der Ertrag im Anweisungsverkehr ist gegenüber dem letzten Berichtsjahr etwas geringer; dies ergibt sich aus dem Rückgang der Einbürgerungsgebühren (1946: Fr. 49 046; 1947 Fr. 27 951). Der Minderertrag gegenüber dem Vorjahr beträgt trotzdem nur Fr. 7815.30 infolge zahlreicherer Geschäfte.

Die französische Abteilung besorgte 3223 Geschäfte, davon 957 des Regierungsrates und 2266 des Grossen Rates und der Direktionen sowie noch die Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Im Berichtsjahr erschien von der deutschen revidierten Gesetzsammlung der Band IV (1926—1935).

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs 1947

I. Personnelles Auf Ende des Berichtsjahres trat Notar Georges Louis, Kanzleisekretär II, der dem Archiv gute Dienste geleistet hat, altershalber zurück.

Am 1. Juni nahm Dr. Hermann Specker in provisorischer Anstellung bis Ende des Jahres seine Arbeit im Staatsarchiv auf.

II. Benutzung. Das Staatsarchiv wurde von 322 Benützern mit 2314 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 535 mündlich, 1076 schriftlich erteilt.

III. Zuwachs. Von der Verwaltung wurden folgendermassen Akten abgeliefert:

Kirchendirektion: Akten von 1901—1940.
Richteramt Bern: Zivilakten 1913—1916.
Rekurskommission: Akten 1926.

Die Bibliothek vermehrte sich um 565 Bände, 1656 Broschüren, 377 Blätter. Eine besondere Bereicherung bedeutet ausserdem die Überlassung der vom Regierungsrat aus dem Nachlass von alt Regierungsrat Guggisberg erworbenen Bibliothek.

Unter den Geschenken sind hervorzuheben: die Abtretung der Pläne der bernischen Münze durch die eidgenössische Baudirektion und ein Sammelband von Zeitungsausschnitten, Bernensia, die Jahre 1891—1922

betreffend, den Herrn Dr. Ernst Wagner sel. dem Staatsarchiv legiert hat.

IV. Allgemeine Verwaltung. Von der neueren Abteilung (seit 1831) kamen die Akten des Schulwesens zur Bearbeitung, die Gruppen Kulturelles und Fürsorge wurden fertig neu gesichtet und aufgestellt, die Gruppe Fach- und Spezialunterricht begonnen. Neu aufgestellt wurden ferner die Gruppen Krankenanstalten (topographisch) und Gemeindewesen 1966—1926 (nach Amtsbezirken). Die Neuaufstellung der Abteilung Kreisschreiben ist beendet. Zur jurassischen Frage wurde eine dokumentarische Sammlung von Zeitungsbelegen angelegt.

Die Revision der Urkundensammlung wurde begonnen, die Fächer Aarberg und Aarwangen abgeschlossen. In der Bibliothek kamen die Abteilungen Unterrichtswesen, Chroniken und Urkundenveröffentlichungen zur Neuaufstellung.

Die Neusignierungen der alten Abteilung machten gute Fortschritte; es wurden über 5000 Nummern neu signiert.

V. Inventare und Register. Für das Gesamtarchiv wurde eine neue Standortskartothek zuhanden der Lesesaalaufsicht erstellt. Bei der alten Abteilung wurden die folgenden neuen Inventare in Reinschrift ausgefertigt: Gruppe B VII, Finanzen, Rest; B VIII, Zoll und Ohmgeld; B IX, Gerichtswesen; B X, Bauwesen; B XI, Sanitätswesen; B XII, Armenwesen. Noch nicht beendet ist die letzte Abteilung B XIII, Niederlassungswesen. Register zu den Abteilungen B VIII bis B XIII wurden im Konzept angefertigt. Das neue Register zu den Manualen des Justiz- und Polizeirates wurde von 1821—1831 weitergeführt und abgeschlossen. Bei der neuen Abteilung sind die Inventare der Gruppen BB IV bis BB XIII fertiggestellt worden, und es ist damit eine vorläufige Inventarisierung dieser ganzen Bestände abgeschlossen. Zur Kreisschreibensammlung ist das Konzeptregister abgeschlossen, die definitive Kartothek bis zum Jahre 1831 geführt worden. Die drei laufenden Kartotheken der Gutachten, des Bibliothek-Zuwachses und der Gesetze und Dekrete sind für 1946 nachgetragen. Zum Band V der revidierten Gesetzessammlung wurde das Register bearbeitet und in Druck gegeben. An wissenschaftlichen Registern verdienen die im Detail weiter bearbeitete Kartothek der Mandate und Verordnungen, die Kartothek der Beamtungen vor 1798 und ein Verzeichnis der Mitglieder des Grossen Rates im 15. Jahrhundert Erwähnung.

VI. Führungen und Ausstellungen. Mit Ausstellungen verbundene Führungen wurden im Archiv für folgende Interessenten veranstaltet: Oberseminar (2), Lehrerinnenseminar (2), Mädchensekundarschule Thun (1), Städtisches Progymnasium (1).

Auswärtige Ausstellungen beschickte das Archiv in Sigriswil und Rüeggisberg.

VII. Wissenschaftliche Veröffentlichungen und Studien. Die Arbeiten am Register des Bandes X der Fontes rerum bernensium wurden vom Adjunkten fortgesetzt. Im weitern war das Staatsarchiv an der Herausgabe und Mitarbeit an der Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde und an der Festgabe für Prof. Dr. R. Feller beteiligt. Die Zusammenstellung und Vorbereitung der Herausgabe der Erinnerungsschrift an den Berner Besuch Winston Churchills wurde vom Adjunkten des Staatsarchivs besorgt.

VIII. Wappenkommission. Der Staatsarchivar reichte der Staatskanzlei einen Bericht über das Staatswappen mit Vorlagen von Paul Boesch ein. Verhandlungen über die Herausgabe eines Gemeindewappenbuches kamen nicht zum Abschluss.

IX. Bezirks- und Gemeindearchive. Vom Beauftragten für die *Bezirksarchive* wurden die Archive von Oberhasli, Obersimmental und von Interlaken behandelt und die Bearbeitung des Archivs von Saanen zum Abschluss gebracht.

In Fragen von *Gemeindearchiven* wurden die Gemeindebehörden von Köniz (Überschwemmung) und Duggingen beraten. Das Burgerarchiv von Pruntrut wurde während des ganzen Berichtsjahres von dem dazu vom Staatsarchiv beurlaubten Dr. Rais neu geordnet und inventarisiert. Es handelt sich dabei um das wertvollste jurassische Korporationsarchiv.

X. Hallwylarchiv. Der Hallwylfonds betrug am 1. Januar 1947 Fr. 12 837.70. Er beträgt am 31. Dezember Fr. 13 254.80. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 417.10.

Bern, den 31. Mai 1948.

Der Regierungspräsident:
Feldmann

Vom Regierungsrat genehmigt am 23. Juli 1948

Test. Der Staatsschreiber i. V.: **E. Meyer**